



Tischvorlage

öffentlich: Ja
Drucksachen-Nr.: 06/555
Erfassungsdatum: 06.01.2016

Beschlussdatum:

Einbringer:
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP

Beratungsgegenstand:
Entwicklung einer Open Government Strategie 2020

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend	11.01.2016	TV				
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen	11.01.2016	TV				
Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung	12.01.2016	TV				
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur	12.01.2016	TV				
Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft	13.01.2016	TV				
Hauptausschuss	18.01.2016	5.13				
Bürgerschaft	28.01.2016					

Beschlusskontrolle: Termin:

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen?		Haushaltsjahr
Ergebnishaushalt	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein: <input type="checkbox"/>	
Finanzhaushalt	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein: <input type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag

Die Einführung und Entwicklung einer Open Government Strategie 2020 in der Verwaltung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Die Verwaltung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird aufgefordert in regelmäßigen Abständen über den Stand der Entwicklung der Open Government Strategie 2020 in den entsprechenden Gremien der Greifswalder Bürgerschaft zu berichten.

Wesentliche Elemente sind:

- 1.) Eine Strategie zur offenen Verwaltungsdaten (Open Data).
- 2.) Eine Strategie zur offenen Beteiligung (E-Partizipation).
- 3.) Eine Strategie zur offenen Zusammenarbeit (E-Zusammenarbeit).

Sachdarstellung/ Begründung

Mit dem Open Data Ansatz fordern wir, dass alle Daten der Stadt für jeden einsehbar und nachvollziehbar bereitgestellt werden. Dabei ist es nicht ausreichend, wenn Informationen für Bürger bereitgestellt werden, wenn diese bei der Verwaltung angefragt werden. Technische Lösungen bieten die Möglichkeit Daten vollständig, zeitnah, leicht und vor allem Maschinenlesbar kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Sehr gute Beispiele sind hier die Plattform „Offener Haushalt“ oder die Stadt Hamburg.

2. E-Partizipation

Mit der offenen Beteiligung, dem sogenannten E-Partizipationsansatz, sollen die Möglichkeiten der Mitbestimmung und Einbringung der Bürger in die Prozesse der Universitäts- und Hansestadt erweitert werden. Ziel ist es die Verständlichkeit und Akzeptanz von Maßnahmen zu fördern, die Interessen der Bürger besser zu berücksichtigen und vor allem die Einflussnahme auf Planungen und Entscheidungen zu verstärken. Auch das Harvard-Konzept nach Roger Fisher und William Ury besagt, dass Entscheidungen die die Beteiligten aller Parteien im Entscheidungsprozess beschließen auf weitaus mehr Akzeptanz stoßen werden, als eine Entscheidung an der man selbst nicht beteiligt war.

3. E-Zusammenarbeit

Mit der offenen Zusammenarbeit sollen insbesondere orts- und zeitunabhängige Verwaltungsaufgaben mit Hilfe moderner IT-Lösungen bearbeitet werden können. Dabei geht es auch um den fachlichen Dialog zwischen Verwaltung und interessierten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, um einen gezielten Austausch von Wissen und Ideen, sowie um Kommunikation, Interaktion und Kooperation. Ziel ist es, die Qualität des Verwaltungshandelns zu verbessern und den bestmöglichen Service für alle Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu ermöglichen.

Fazit

Insgesamt ist es erforderlich als moderne Verwaltung die technisch möglichen transparenten Strategien anzubieten.

Das Senken der Informationskosten steigert die Beteiligungsbereitschaft Einzelner. Die Verwaltung agiert effizienter, wenn sie eine Informationsverfügbarkeit über das Internet anbietet, viele zeit- und kostenintensive Fahrten (steigend mit dem Einzugsbereich einer Stadt) werden erspart. Ebenso wird eine Informationsbeschaffung unabhängig einer Behördenöffnungszeit ermöglicht.

Es handelt sich bei der Open Government Strategie 2020 um eine Strategie indem die Verwaltung den wachsenden Ansprüchen der Zivilbevölkerung und Wirtschaft gerecht wird. Transparenz schafft Interaktionsfähigkeit.